

Erich Dethleffsen

" Der kalte Krieg und wir "

Niederschrift

des am 19.7.1953 in Tübingen gehaltenen Vortrages

Unsere Zeit wird beherrscht durch die grosse Auseinandersetzung der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme. Ihr Ausgang wird die künftige Ordnung der Welt bestimmen und die Werte festlegen, nach denen sich das Leben jedes Einzelnen richten wird. Obgleich es nur an einzelnen Stellen zur Anwendung militärischer Machtmittel gekommen ist, führt die Auseinandersetzung mit Recht die Bezeichnung "Kalter Krieg". Sie zeigt viele Merkmale des Krieges in Masstäben und in einer Vielfalt der angewandten Mittel, die Clausewitz's Feststellung bestätigen, der Krieg sei ein wahres Chamäleon. Jeder der beiden Gegner will den anderen zur Erfüllung seiner Forderungen zwingen. Diese liegen nicht im Gebietserwerb oder in wirtschaftlichen Konzessionen, sondern in der Anerkennung bestimmter Lebensformen und Gesellschaftsordnungen. Der Osten will die Weltrevolution, die "Verwandlung der Welt" im totalitären Sinne. Der Westen will der Freiheit der Völker und des Einzelnen zum Siege verhelfen.

Die von Lenin vorgezeichnete Strategie der Sowjets im Kalten Krieg fusst auf den Clausewitz'schen Lehren über den Krieg. Alle wirtschaftlichen, politischen, geistigen und moralischen Mittel, derer sie sich zum Erreichen ihres Zieles bedienen, setzen sie als Waffe nach den taktischen Grundsätzen militärischer Führung ein, mit Täuschung und Überraschung, Konzentration und Schwerpunktverlagerung. Dabei zeigen sie ein besonderes Geschick im Erkennen der schwachen Punkte des Gegners. Der grosse, oft übersehene Vorteil des Kreml ist, dass er seine Politik auf zwei Gleisen betreiben kann, einem staatspolitischen und einem gesellschaftspolitischen. Ein staatspolitischer Friede mit Moskau braucht noch lange nicht zu bedeuten, dass auf die Weiteranwendung gesellschaftspolitischer Kampfmittel verzichtet wird.

Ausgangspunkt für die operative Planung des Kreml ist die Überzeugung, dass die "morbide kapitalistische Welt" sich selbst im inneren Kampfe so aufzehrt und zersetzt, dass schliesslich mit militärischen Machtmitteln nur eine Art Gnadenstoss geführt zu werden braucht. Diesen Prozess zu beschleunigen, ist das operative Ziel. Man bemüht sich, die nationalen Spannungen zwischen den Völkern der westlichen Welt zu vergrössern, durch geschickte Politik neue Reibungsflächen zu schaffen und alle diejenigen Entwicklungen zu stören, die zu einem Zusammenschluss der Kräfte des Westens führen. Man ist bestrebt, durch ständigen Wechsel

von panikauslösender Drohung mit "heissem" Krieg und beschwichtigenden Friedensgesten die Stabilität des Westens zu erschüttern, Wirtschaftskrisen herbeizuführen und dadurch die sozialen Spannungen innerhalb der Völker des Westens zu verschärfen. Man sucht die Menschen der westlichen Welt aus ihren letzten schwachen ethischen Bindungen herauszureissen, ihr Verantwortungsbewusstsein und ihre moralische Widerstandskraft zu lähmen und sie geistig zu entweffnen. Diesem Ziel war bisher der taktische Einsatz aller Waffen des Kreml untergeordnet.

Nach Stalins Tod traten Veränderungen in der Politik der Sowjets ein, die Viele auf den Gedanken brachten, es sei ein grundsätzlicher Wandel in der Politik des Kreml eingetreten. Es setzte ein Rätselraten über die Beweggründe dieser Veränderungen ein. Bei den Politikern der westlichen Welt und in der Presse wurden vornehmlich drei Erklärungen genannt:

1.) Eine ehrliche Friedensbereitschaft des Kreml. Sie ist unwahrscheinlich. Der Bolschewismus kann nur totalitär leben. Eine friedliche Koexistenz mit der kapitalistischen Welt ist zwar von den sowjetischen Machthabern stets als möglich hingestellt, aber immer nur als ein zeitlich begrenzter Zustand. Der Bolschewismus würde sich selbst aufgeben, wenn er den Gedanken der Weltrevolution aufgäbe und sich auf das Erhalten des jetzigen Zustands beschränkte.

2.) Beweis der Schwäche Moskaus. Fraglos ist eine Schwäche des sowjetischen Systems festzustellen. Sie findet ihren stärksten Ausdruck in den Ereignissen des 17. Juni. Diese Bewegung entsprang eigener Initiative der Berliner und Mitteldeutschen Arbeiter. Das anonym bleibende und anonym handelnde Volk, das sich selbst als souverän begriff, der Mann auf der Strasse stand unter dem Motto: lieber Tod als Sklave - nicht als heroische Phrase, sondern als Ausdruck menschlicher Selbstbestimmung - auf, obwohl sämtliche Waffen in der Hand des Gegners waren. Dieser Berliner Aufstand war nicht ein isoliert zu bewertendes Aufwallen derer, die meinten, es sei genug mit der Knechtschaft; solche Stimmung war schon lange vorhanden. Es gibt aber auch in dem kollektiven Bewusstsein so etwas wie Instinkt. Er nahm wahr, dass sich neuerdings im sowjetischen Raum etwas gewandelt hat. Der westlichen Beobachtung war das entgangen. Jetzt weiss man: Auch Moskau ist sterblich.

3.) Wandel der Taktik bei Festhalten am operativen Ziel. Die Politik Stalins in seinen letzten Lebensjahren stagnierte. Sie brachte keine Überraschungen mehr. Der Angriff in Korea hatte sich als Bumerang erwiesen. Stalin hatte das Vertrauen des Westens verspielt. Man glaubte seinen Versprechungen nicht mehr. Der Erfolg der Stalin'schen Politik war, dass der Westen unter der gemeinsamen Furcht vor Moskau erwachte und sich zur Verteidigung entschloss.

Jetzt ist eine neue Mannschaft an der Macht, die sicher - nach langen Jahren der Vorbereitung - nicht bereit ist, sich die Initiative aus der Hand nehmen zu lassen, die Moskau durch die unverzeihlichen Fehler des Westens nach 1945 gehabt hatte. Man zieht aber aus der Erkenntnis der Stalin'schen Fehler die Konsequenzen und wechselt die Taktik. Die neue Taktik lässt drei Ziele erkennen.

- a) Man will dem Westen die Furcht vor Moskau nehmen, um die nationalen Spannungen zu vergrößern. Schon die ersten leisen Andeutungen einer Verhandlungsbereitschaft haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, dass der Wechsel der Taktik Erfolg verspricht. Der Einbruch in das Misstrauen des Westens ist geglückt. Man gewinnt in Richtung auf das Lenin'sche Ziel Boden.

Nach 1946 hatte man im Westen erkannt, dass man seine Kräfte zusammenschliessen und die nationalstaatlichen Gegensätze überwinden müsse, um sich gegen Moskau wehren zu können.

Es war weniger die Erkenntnis, dass die verzweigten Staaten Europas durch die Entwicklung der Technik und des Verkehrs und durch die enge Verflechtung auf allen Gebieten keine selbständige nationale Daseinsberechtigung mehr hatten, als die gemeinsame Furcht vor Moskau und der mit Hilfe des Geldbeutels freundlich unterstützte Druck der USA, die sie zu gegenseitiger Annäherung brachten. Man war wirklich ehrlich bemüht, sich gegen die Gefahr aus dem Osten zusammenzuschliessen. Kaum aber hatten die westeuropäischen Länder sich mit amerikanischer Hilfe erholt, begann auch schon die Auflehnung gegen die Hegemonie der USA, im allgemeinen latent, in Frankreich seit etwa 2 Jahren ganz offen. Als aber nun im Frühjahr dieses Jahres die Möglichkeit zu einem friedlichen Ausgleich von Moskau her angedeutet wurde, brachen alle Gegensätze wieder auf, die durch 6 Jahre sowjetischer Drohung eliminiert gewesen zu sein schienen.

- b) Man beschleunigt die Herbeiführung der Wirtschaftskrise, die - früher oder später - nach jedem Kriege einsetzt. Wenn auch heute Möglichkeiten vorhanden sind, eine solche Krise in ihren Folgen weitgehend einzudämmen, so muss doch damit gerechnet werden, dass es in absehbarer Zeit zu schweren Störungen in der Wirtschaft kommt, die eine Verstärkung der sozialen Spannungen in den Ländern der westlichen Welt zur Folge haben können.
- c) Eine allgemeine Beschränkung der militärischen Rüstung gibt auch der Sowjetunion die Möglichkeit, wirtschaftliche Kapazitäten für die Konsumgüterindustrie in der Sowjetunion freizumachen - eine Forderung, die Malenkov schon am Grabe Stalins gestellt hat.

Das stärkste Hemmnis für die Verbreitung der sowjetischen Ideologie im Westen war bisher der niedrige Lebensstandard in den sowjetischen Ländern. Dieses Hemmnis zu beseitigen, ist fraglos ein lohnendes Ziel auf dem Wege zur Weltrevolution. Wahrscheinlich ist, dass der scheinbare Wandel in der Politik des Kremels sowohl aus einer vorübergehenden Schwäche wie aus taktischen Gründen zu erklären ist. Man will zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Den Westen verwirren und zersplittern und gleichzeitig Zeit zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung im eigenen Raum gewinnen. Beides erfordert, dass der Westen die Gegenwaffen schärft, um sich gegen die verschärften Bedrohung zu wappnen und um die, in der derzeitigen Schwäche liegende grosse Chance nutzen zu können.

Die Gegenwaffe des Westens liegen in dem Zusammenfassen aller freiheitlichen Kräfte auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem und moralischen Gebiet. Die Erkenntnis ist überall vorhanden. Wir wollen untersuchen, wie weit die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis gezogen sind.

1) Politisch

Die USA wurden durch die Entwicklung nach 45 in die Situation gezwungen, zunächst allein die Auseinandersetzung mit dem Osten aufnehmen zu müssen. Sie versuchten, Europa wieder auf die Beine zu stellen und dort tatkräftige Verbündete zu finden. Diese Bemühungen hatten nur zum Teil Erfolg. Die europäische Verteidigungsgemeinschaft kam nicht voran. Frankreich machte Schwierigkeiten und erwies sich als schwach. England befürwortete zwar den europäischen Zusammenschluss, hielt sich aber selbst zurück. Nur Deutschland erkannte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses, nicht nur aus Opportunismus, sondern auch, weil es dem Weg eines überspitzten Nationalismus bis zum Zusammenbruch gegangen war und die Gefahr aus dem Osten am klarsten erkannt hatte.

Jetzt sehen wir in den USA starke Gegensätze. Sie bestehen einmal zwischen der Regierung und der Gruppe, deren Repräsentant Senator Taft ist. Letztere gewinnt immer mehr Oberwasser mit dem Gedanken, "to go the way alone". Die Folgen einer solchen Politik der USA wären wirtschaftlich und militärisch (periphere Strategie) furchtbar. Eisenhower

bedarf, um sein Versprechen, die amerikanischen Soldaten aus Korea zurückzubringen, einlösen zu können, einer globalen Lösung. Hier finden wir einen sehr engen Zusammenhang unseres eigenen Schicksals mit der Entwicklung in Ostasien. Eisenhower wird gezwungen sein sich bald in irgendeiner Form mit Moskau auseinanderzusetzen. Über diese Form scheinen in der amerikanischen Regierung Gegensätze zu bestehen: während Eisenhower selbst wohl die Schwäche Russlands nutzen will, um zu einem Ausgleich zu kommen, will Dulles sie nutzen, um den Kalten Krieg zu forcieren.

Churchill hat den Versuch gemacht, durch seine Initiative wieder den verlorengegangenen Einfluss auf die Politik des Westens zurückzugewinnen. Erscheint dem Osten zuvorkommen und Moskau auf die Probe stellen zu wollen, zugleich stützt er Eisenhower und baut eine Brücke für Frankreich durch seine Annäherung an Europa, das propagieren einer dritten Kraft und durch Einschalten Englands als Gegengewicht gegen Deutschland. Durch die Erkrankung Churchills ist die britische Politik aber weitgehend wieder auf das alte Gleis verschoben, nur die Opposition hält an dem Churchillschen Kurs fest. Mit den USA ist es zu einem Kompromiss gekommen: es soll zu einer Aussenministerkonferenz mit der Sowjetunion kommen, nicht aber zu Treffen der grossen Vier.

In Frankreich steigt die Angst vor Deutschland mit der zunehmenden Erkenntnis der eigenen Schwäche. Man will an die Ehrlichkeit Moskaus glauben, um einen Vorwand für ein Aussteigen aus der EVG! zu finden, und ist zu grossen Zugeständnissen bereit, die sich natürlich vorwiegend auf uns Deutsche beziehen. Das Interesse für Kleineuropa flaut ab. Selbst Schuman verleugnet seine alten Pläne, die wohl in erster Linie der Bändigung der deutschen Vitalität dienen sollten und jetzt nicht mehr nötig erscheinen. Man hofte wohl in Frankreich auch, durch eine Verständigung mit Moskau aus der Abhängigkeit von den USA befreit zu werden und das Problem Indochina lösen zu können, bei dem man sich verraten glaubte.

Bis zur Konferenz von Washington im Juli 1953 erschien Ergebnis langjähriger Bemühungen, wenigstens auf dem Gebiet der Aussenpolitik zu einem gemeinsamen Nenner des Westens

zu kommen, kläglich. Die entscheidende Gegenwaffe gegen den Krimel, die politische Integration, wurden nur im Munde geführt aber reifte nicht zur Tat. Ehrlich zum Zusammenschluss der Kräfte bereit waren nur die Beneluxländer, Italien und wir Deutschen. Es liegt eine tiefe Tragik darin, dass wir trotz jahrelanger Bemühungen jetzt im Augenblick der grossen Entscheidung noch nicht erreicht haben, mit am Verhandlungstisch zu sitzen, sondern darauf angewiesen sind, antichambrieren, um überhaupt unsere Überlegung und Wünsche anmelden zu können. Das ist deshalb besonders bedauerlich, weil im Augenblick die Frage der Wiederherstellung Gesamtdeutschlands und der Befreiung von 18 Millionen Deutscher vom sowjetischen Terrorsystem die entscheidende politische Frage ist, die die ganze Welt beherrscht. Es ist daher richtig, dass die deutsche Bundesregierung die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in der derzeitigen Situation an den Anfang gestellt hat. Ausgehend von der Entschliessung der Bundestagsfraktionen vom 10.6. und dem Sechspunkte-Programm vom 15.7. hat sich am 9.7. an die Aussenminister der drei grossen Westmächte gewandt und eine westliche Initiative mit dem Ziel gefordert, unter der Voraussetzung freier Wahlen und einer Wiedervereinigung Deutschlands die nachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion auf eine friedliche und fruchtbare Grundlage zu stellen.

Aus den Meldungen der letzten Tage haben wir mit Freuden entnehmen können, dass man in Washington diese deutsche Aufforderung zur Grundlage der Entschlüsse gemacht hat und die Sowjetunion zu einer Konferenz der vier Aussenminister über folgende Fragen einlud:

- a) Die Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen und die Wiederherstellung der Grundrechte für das gesamte Deutsche Volk.
- b) Die Bedingungen für die Errichtung einer Gesamtdeutschen Regierung, die in ihrer Aussenpolitik unabhängig sein soll.

Washington hat an der Integration wie an der europäischen Verteidigungsgemeinschaft festgehalten. Aber wie ehrlich dieses Festhalten ist, wird erst die Zukunft zeigen. Wir müssen befürchten, dass der Westen noch nicht zu einer einheitlichen Deutschlandpolitik sich durchgerungen hat, obgleich sie im Mittelpunkt aller politischen Erwägungen stehen muss, und dass die Meinungsverschiedenheiten noch nicht überwunden sind.

7

Dulles scheint zur Viermächtekonferenz nur bereit zu sein, weil er vom Scheitern überzeugt ist und glaubt, mit einer missglückten Verhandlung die weitere Aufrüstung begründen und die EVG erleichtern zu können.

Frankreich hofft, mit Hilfe der Viermächte-Verhandlungen sich um die EVG herumdrücken zu können, die man aus der Angst ablehnt, sie könne zu einer unerwünschten Machtstellung Deutschlands führen.

Nur England hofft wohl, vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen, auf eine entspannende Lösung. Alle Bedenken gegenüber der Wiederherstellung Gesamtdeutschlands werden durch die gesunde Erkenntnis überwunden, dass eine Zweiteilung Deutschlands unnatürlich und daher eine Kriegsgefahr sei.

Wie verhält sich nun die Sowjetunion zu der Frage Gesamtdeutschlands!

Moskau will die Eingliederung Deutschlands in den Westen in der Form der bishe vorliegenden Verträge nicht deswegen verhindern, weil es durch die Aufstellung von 12 Divisionen eine wesentliche Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses befürchtet. Es könnte sie mit Leichtigkeit durch Aufstellung neuer Divisionen in den Satellitenstaaten kompensieren.

Was Moskau befürchtet, ist, dass durch die Integration eine so enge Verflechtung der westlichen Welt eintritt, dass die Aussichten auf die Selbstauflösung des Westens sich verringern.

Um diese Eingliederung in den Westen zu verhindern, betreibt Moskau die appeasement-Politik, deren Ziel es sein soll, die nichtdeutschen Staaten des Westens an der Integration Westdeutschlands zu desinteressieren, und eine neue Politik in der Sowjetzone, die sie zu einem akzeptablen Teil Gesamtdeutschlands machen und zugleich die Bevölkerung Westdeutschlands einschläfern soll. Man ist wohl auch zu einer Wiederherstellung Gesamtdeutschlands bereit. Nun hat der Kreml die Erfahrung gemacht, dass ein neutrales Gesamtdeutschland wegen des Widerstands der USA und Englands und in Deutschland sowohl der Regierung als auch der Opposition nicht zu erreichen ist. Der 17.6. hat ganz klar gezeigt, dass an eine Neutralisierungslösung nicht mehr zu denken ist. Moskau nimmt fraglos die Ereignisse dieser Tage im Gegensatz zu seinen Veröffentlichungen sehr ernst. Wenn man sich nun unserer Auffassung anschliesst, dass die heutige Politik des Kreml von zwei Faktoren bestimmt ist, der Schwäche und einer zielbewussten neuen Taktik, liegt es heute sicher nicht ausserhalb des

Berichts der Möglichkeit, dass Moskau auch auf eine Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu verzichten bereit ist. Man hat bei uns die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands als Gegenstand eines politischen Geschäftes bisher so gesehen, dass man argumentierte, es sei Sache des Westens, der Sowjetunion für die Wiederherstellung unserer Einheit einen angemessenen Preis zu zahlen wie die Neutralisierung oder den Verzicht auf die Bewaffnung. Wäre unsere Annahme richtig, so läge in Wirklichkeit die Situation anders. Dann muss das Sowjetregime in seinem eigenen Interesse darauf eingehen, sich mit der westlichen Welt in einer Weise zu arrangieren, die einmal seine vorübergehende Schwäche schont, zum andern- auf weite Sicht gesehen- die nationalen Gegensätze in der westlichen Welt wieder zur vollen Blüte kommen lässt. Man spekuliert darauf, dass Frankreich sich mit allen Kräften gegen die Eingliederung eines bewaffneten Gesamtdeutschlands in den Westen stemmen und sich gegebenenfalls zur Verhinderung einer deutschen Hegemonie in Europa eine Sicherung in der Sowjetunion suchen wird. Man rechnet in Moskau damit, durch eine Wiederherstellung des alten Kräfteverhältnisses aus der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen wieder denselben Spannungszustand herbeiführen zu können, der in die gleichen Krisen führt, wie wir sie aus der Zeit vor 1914 und vor 1939 kennen. Und man spekuliert wohl auch- und wir müssen befürchten, nicht ganz mit Unrecht- auf das Wiederaufleben des deutschen Nationalismus, wenn erst einmal ein bewaffnetes Gesamtdeutschland einen entscheidenden Faktor machtpolitischer Art in Europa darzustellen in der Lage ist. Man glaubt, mit einem solchen Deutschland ein Kuckucksei in das Nest des Westens legen zu können.

Und wir!

Noch besteht, trotz der Zusicherungen sowohl von Seiten der USA wie der Briten, an dem in den Verträgen gesetzten Ziel hinsichtlich Gesamtdeutschland festzuhalten, auf Grund der mühsam äusserlich überbrückten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten die Gefahr, dass sich Ost und West, wenn auch nur vorübergehend, auf unsere Kosten einigen.

Wir haben unsere Forderungen angemeldet. Aber damit dürfen wir es nicht genug sein lassen. Unsere Aufgabe ist es, Schrittmacher des Westens in Richtung auf Gesamtdeutschland zu werden.

Wir müssen uns darüber klar sein, dass wir ohne Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht in der Lage sein werden, den

Beitrag zur europäischen Integration zu erbringen, den wir leisten sollen und den man von uns erwartet. Es liegt aber auch umgekehrt so, dass wir nur in voller Kooperation mit den Exponenten der abendländischen Freiheit, vor allen mit den Vereinigten Staaten, im Stande sein werden, unsere nationale Einheit zurückzugewinnen. Es ist daher Grundfalsch, immer davon zu sprechen, dass der Gedanke der europäischen Verteidigungsgemeinschaft tot sei. Selbst diejenigen Kreise, die glauben sie müssten den EVG eintauschen gegen die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands, dürfen nicht vergessen, dass sie den Wert des Tauschobjekts gleich null setzen, wenn sie schon vorher sein Leichenbegräbnis feiern.

Wir müssen die Chance nutzen, die sich jetzt in Richtung auf Gesamtdeutschland bietet. Wir dürfen aber nichts tun, was den Eindruck erwecken könnte, als wir nicht fest zum Westen hielten und als wenn unsere bisherige Integrationspolitik nur Mittel zum Zweck, nur ein Ersatz, nur die zweitbeste Lösung gewesen sei, auf die man verzichten könne, wenn sich eine bessere böte. Dadurch können wir den Westen nur misstrauisch machen und ihn dazu verleiten, sich auf unseren Rücken mit dem Osten zu einigen. Wir müssen uns der ungeheuren Gefahr bewusst sein, die jedes Aufwachen eines falschen Nationalismus für uns bedeuten würde. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als wir in Zukunft unsere eigenen Wege gehen und dadurch der Sorgen der Westmächte Nahrung geben, wir würden-erst einmal wieder auf eigene Beine gestellt- gar mit dem Osten anbändeln.

Das wichtigste aber für uns ist es, dass wir es fertigbringen, das Trennende innerhalb unseres Volkes zu überwinden und in den für das Leben und die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Fragen zu einer einheitlichen Politik zu kommen. Diese Forderung ist in gleicher Weise an die Regierung wie an die Opposition gerichtet. Wie dringend notwendig sie ist, können wir gerade jetzt daran erkennen, dass das zögerde Verhalten der Westmächte wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass man nicht weiss, woran man eigentlich bei uns ist oder in kurzer Zeit sein wird. Wenn die Parteien selbst nicht den Entschluss zu einem Zusammenfassen ihrer Kräfte in den entscheidenden aussenpolitischen Fragen finden, dann muss eine aus dem Herzen Aller, von untenher kommende Bewegung sie dazu zwingen,

2) Militärisch

Auf die Schwierigkeiten hinsichtlich der EVG habe ich schon hingewiesen. Was man von ihr erwartete, ist nicht eingetroffen. Aber auch die NATO hat ihr Programm nicht erfüllt, weder zahlenmässig noch rüstungsmässig. Das ist besonders gefährlich, weil die sowjetische Rüstungsindustrie sich energisch und nicht ohne Erfolg bemüht, den Vorsprung des Westens aufzuholen. Die grosse Sorge, die aus der Abschiedsrede des General Ridgeway vor wenigen Wochen klang, ist voll berechtigt.

3) Wirtschaftlich

Wenn die politische und militärische Integration auf so grosse Schwierigkeiten stossen und sich erst langsam durchsetzen werden, gewinnt die wirtschaftliche an Bedeutung. Hier, wo die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Einreissens der national-wirtschaftlichen Schranken, die eine wesentliche Vergrösserung des Sozialprodukts und einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufstiegsprozess zur Folge haben wird, von allen westlichen Völkern erkannt ist, kommt es jetzt aus zwei Gründen auf Beschleunigung an:

a) Die Nachkriegskrise, mit der wir gerade bei einem weiteren Anhalten einer scheinbaren Friedenspolitik Moskaus rechnen müssen, kann nur abgefangen werden, wenn die Völker des Westens sich unter Einschluss der bisher kolonialen und halbkolonialen Völker zusammenfassen um aller wirtschaftlichen Kräfte auf einen einheitlichen Markt entschliessen.

b) Die entscheidende Frage unseres Jahrhunderts ist es, den Lebensstandard für alle Menschen zu heben und die sozialen Spannungen zu mildern. Der Bolschewismus setzt sich nur dort durch, wo die sozialen Verhältnisse faul sind. Wir können die Menschen nur dann dafür gewinnen, sich für eine freiheitliche Lebensordnung einzusetzen, wenn sie dem Einzelnen Sicherheit bietet, ihm wirtschaftliche Freiheit gibt und Aufstiegsmöglichkeiten nach seinen Leistungen verschafft. Ein Impuls, der der öffentlichen Meinung eine grosse und tiefgreifende innere Umstellung plausibel macht, kann nur erwachsen, wenn wir eben dieses Problem unserer Tage lösen. Es ist gestellt durch das Verlangen der nichtbesitzenden Schichten in den hochentwickelten Ländern nach Emanzipation und durch den Drang der farbigen Welt, in Freiheit zu dem Niveau der vorgeschrittenen Nationen aufzusteigen. Es ist nur erreichbar, wenn durch die

wirtschaftliche Integration der Wohlstand geschaffen wird, der den grossen Aufwand gestattet, der erforderlich ist. Daher darf der Westen sich nicht auf unzulängliche Teillösungen wie bisher beschränken. Dieses Gebot ist heute wichtiger denn je, weil die Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Osten sich bemühen wird, in den sowjetisch beherrschten Ländern seinerseits den Lebensstandard zu heben.

Was auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration bisher in Westeuropa geschah, ist dürftig. Die Montan-Union hat sich als unzulängliches Mittel erwiesen. Mit dem Abbau der Zölle ist in völlig ungenügender Masse begonnen. Die sozialen Spannungen vergrössern sich. Das gilt für uns Deutsche, mehr noch für Frankreich und Italien. Es kann nicht genügen, den bisherigen Stückwerk weitere Stückwerke wie Agrarunion oder Verkehrsunion anzufügen. Wir haben auch nicht die Zeit, zunächst einmal eine europäische Verfassung zu konstruieren und sie durch das Gestrüpp der Instanzen unserer Nationalstaaten hindurchzumanipulieren. So, wie die Begründung des deutschen Zollvereins Voraussetzung für die deutsche Einheit wurde, müssen die wirtschaftliche Vereinheitlichung und der Sozialökonomische Aufstieg des europäischen Kontinents, und nicht nur Kleineuropas, in einem Zuge zur Lösung einer neuen politischen Erwägung werden.

4) Moralisch

Die wirtschaftliche Integration allein aber wird nicht zum Ziele führen, wenn sie nicht durch eine Reaktivierung der Kräfte des Herzens und des Gemüts überwunden wird. Wir müssen zu einem Abbau der Ressentiments kommen und uns bemühen, gemeinsam die gegenseitige Vertrauensbasis zu schaffen, die letztlich allein Garant für das Überwinden aller Gegensätze ist.

Wir Deutschen sind durch unsere geographische Lage, mehr noch durch den Zusammenbruch und den damit verbundenen Verlust des Glaubens und Vertrauens gegenüber den Zersetzungsversuchen des Sowjetssystems besonders empfänglich. Von dem vermeintlich so festem Gefüge unserer gesellschaftlichen Ordnung ist vielfach nur die äussere Form vorhanden. Der sittliche Gehalt ist brüchig geworden. Unsere moralische Widerstandskraft ist gering. Darüber dürfen wir uns keiner Illusion hingeben. In einem isoliertem Deutschland wären wir im verstärkten Masse den Angriffen des Ostens auf der

geistig- kulturelle Ebene ausgesetzt. Auf ihr aber fällt die letzte Entscheidung. Alle unsere Anstrengungen werden vergeblich sein, wenn es uns nicht gelingt, die ethischen Bindungen wiederherzustellen, die gelockerten menschlichen Beziehungen wieder zu festigen, und dem Einzelnen das Bewusstsein der in der Bindung der Gemeinschaft zur Freiheit berufenen Persönlichkeit zu geben.

Der Appell an die ethischen Kräfte wird aber- und hier zeigt sich der enge Zusammenhang mit der Forderung der wirtschaftlichen Integration- wirkungslos ein, wenn nicht eine soziale Neuordnung als Unterbau geschaffen wird. Es würde eine Überforderung des durchschnittlichen Individuums bedeuten, von ihm eine moralische Kraftentfaltung zu verlangen, so lange es den Kampf um das tägliche Brot nicht mit Erfolg besteht, und von ihm den Einsatz seiner Person für eine Daseinsordnung zu erwarten, solange er sich in ihr nicht geborgen fühlt.

Ich habe versucht, Ihnen ganz nüchtern unsere derzeitige Situation darzustellen. Sie erkannten aus ihr, dass wir uns in einer ^{se} kriegshaften, die Anspannung aller Kräfte erfordernden Phase des Kalten Krieges befinden. Nutzen wir die Chance aus, die sich uns jetzt bietet, so können wir zusammen mit den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs die Freiheit gewinnen. Verpassen wir sie, laufen wir die Gefahr, mit ihnen die Unfreiheit zu teilen. Wir dürfen jetzt nicht warten. Wir müssen handeln. Wir müssen um die Wiedervereinigung Deutschlands kämpfen und zugleich Schrittmacher sein in die Integration. Wir müssen aber- und das erscheint mir als wichtigste Forderung- erst einmal die Voraussetzungen dadurch schaffen, dass wir über alle Parteien -und Interessengrenzen hinweg in dieser für unsere Zukunft entscheidenden Frage zu einem einheitlichen Willen kommen.

=

=

=

